

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugpreis monatlich drei Haus 2 RM (Halbmonat 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresden-Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresden-Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Fernschreiber: Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckanstalt: Arbeiterstimme Dresden / Spredstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Reklamazeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugpreises

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 9. Februar 1928 Nummer 34

Kampfbereitschaft notwendig

Drohung der Metallindustriellen / 3 Pfennig Lohnerhöhung geboten / Eine freche Provokation der Unternehmer

Gleichender Verrat

Die Reformisten bereiten die Unterwerfung vor
Der Kampfwille der Arbeiter muß regnen

Berlin, 8. Februar 1928.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den Kampf in der mitteldeutschen Metallindustrie sind noch nicht abgeschlossen und gestalten sich wegen der Hartnäckigkeit der Unternehmer, nicht die geringsten Zugeständnisse gegenüber den Forderungen der Metallarbeiter zu machen, sehr hartnäckig. Die Schwierigkeit der Verhandlungen bestätigt, daß die Metallindustriellen, die sich der Unterstützung durch die Bürgerblockregierung schuldig sind, auch vor der Anwendung der in den gestern gefassten Beschlüssen angedrohten Maßnahmen der Generalausperrung usw. nicht zurückschrecken werden.

Demgegenüber tun die reformistischen DMB-Führer und ihr Reichsorgan, der Vorwärts, alles, um die mitteldeutsche Metallarbeiterchaft zur Annahme eines Kompromisses mit den Metallindustriellen vorzubereiten. So schreibt der heutige Abend-Vorwärts zu den augenblicklichen Verhandlungen:

„Daß die Vertreter der Metallindustrie keinerlei Neigung zu irgendwelchen ernsthaften Konzessionen zeigen, andererseits aber die Metallarbeiter Mitteldeutschlands entschlossen sind, unter keinen Umständen zu den Bedingungen der Metallindustriellen in die Betriebe zurückzukehren.“

Kein Wort davon, daß die Metallarbeiter in Mitteldeutschland nicht nur ablehnen, zu den Bedingungen der Metallindustriellen den Streik abzubrechen, sondern daß die Metallarbeiterchaft ihre Forderung auf 15 Pfennig Stundenlohn-Erhöhung nicht erfüllt wissen will. Das kann nur bedeuten, was wir schon oft betont haben, daß die DMB-Reformisten und der Vorwärts zwar nicht zu den Bedingungen der Metallindustriellen, aber doch bei einem annehmbaren Kompromißvorschlag der Metallarbeiterchaft den Abbruch des Streiks empfehlen werden!

Und der Vorwärts bemüht sich, in dieser Linie dem Reichsarbeitsminister das Stichwort für einen solchen Kompromißvorschlag zu liefern, indem er über die Lage in Mitteldeutschland und über die augenblicklichen Verhandlungen bemerkt:

„Die Metallindustriellen Mitteldeutschlands haben an den wirtschaftlichen Folgen der Ausperrung so schwer zu tragen, daß sie der finanziellen Hilfe dringend bedürfen, wenn sie nicht zusammenbrechen sollen. Die Aufrechterhaltung eines Großbetriebes ist heute mit so vielen finanziellen Verpflichtungen verknüpft, daß eine Einstellung des Betriebes in kurzer Zeit unangelegentlich zum Konkurs führen muß. Nun stelle man sich vor, zu welchen Konsequenzen die Stilllegung der gesamten Metallindustrie Deutschlands führen müßte. Die Auswirkungen würden selbstverständlich nicht auf die Metallindustrie beschränkt bleiben.“

Diese Ausführungen des Vorwärts sind gegen die Ausperrungsdrohung der deutschen Metallindustriellen gerichtet. Sie wirken aber objektiv dahingehend, daß der Reichsarbeitsminister „wegen der schweren wirtschaftlichen Schädigungen, die eine praktische Verwirklichung des Ausperrungsbeschlusses der Unternehmer mit sich bringen würde“, sich veranlaßt sieht, einen für die reformistischen DMB-Führer annehmbaren Vorschlag in den augenblicklichen Verhandlungen zu machen.

Das Bemühen der reformistischen Niederlagen-Strategen, ein solches Kompromiß zu erreichen, um es nicht zu größeren Kampfhandlungen in der gesamten deutschen Metallindustrie und darüber hinaus zu größeren wirtschaftlich-politischen Kämpfen überhaupt kommen zu lassen, ist offensichtlich.

Zu diesem Zwecke versuchen jene Gewerkschaftsführer und in ihrem Dienste der Vorwärts und die SPD-Presse, die rigorose Kommunistenhege, die sie seit Ausbruch des mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks betreiben, in diesen Tagen der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium noch zu steigern, um die Arbeiterchaft in die stärkste Frontstellung gegenüber den Kommunisten zu bringen und sie auf diese Weise aufnahmefähiger machen für einen reformistischen Kompromißvorschlag zur Beilegung des mitteldeutschen Kampfes zu machen. Dieser schändlichen Handlungsweise dient z. B. wieder ein Bericht des heutigen Abend-Vorwärts über eine Bezirkskonferenz des DMB, die am Montag in Halle tagte und die zur Kampfplage Stellung nahm. Nach dem Vorwärts hat dort ein Mitglied der oppositionellen Ortsverwaltung des DMB in Halle Ausführungen gemacht, die direkt im Widerspruch zu der Tätigkeit der Kommunistischen Partei und ihrer Presse stehen. Wie uns dazu aus Halle berichtet wird, ist kein Wort der Behauptungen des Vorwärts, die sicher auch die anderen SPD-Blätter bringen werden, wahr. Der sicher auch die anderen SPD-Blätter bringen werden, wahr. Der Besoffe Japp, der nach der Mitteilung des Vorwärts diese

Der Schiedsspruch droht

Berlin, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Vizepräsident Kraus eröffnete 10.30 Uhr vormittags die unerbittlichen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den mitteldeutschen Metallarbeiterkampf. Die Verhandlungen wurden dann unter dem Vorsitz von Dr. Vögelsang aus Sachsen weitergeführt. Verhandlungsführer für die Unternehmer war der Syndikus der mitteldeutschen Metallindustriellen, Dr. Vohe, Verhandlungsführer der Gewerkschaftsvertreter war Handlke vom Hauptverband des DMB.

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß die mitteldeutschen Metallarbeiter auf ihrer Forderung von 15 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde bestehen bleiben. Daraus erklärten für die Unternehmer der Syndikus des Verbandes Mitteldeutscher Metallindustrieller, daß die Unternehmer unter keinen Umständen mehr als 3 Pf. Lohnerhöhung zugestehen. Wenn die Metallarbeiter diese 3 Pf. nicht annehmen und wenn der Konflikt nicht bald beendet wird, wird der Gesamtverband der Deutschen Metallindustriellen, wie schon öffentlich angekündigt wurde, die Gesamtausperrung der Metallarbeiter in ganzen Reich anordnen. Die unerbittlichen Verhandlungen, bei denen kein Schiedsspruch gefällt werden konnte, wurden 17 Uhr ergebnislos abgebrochen und werden am Sonnabend fortgesetzt.

Bezeichnenderweise nahm als Vertreter des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller und als Mitglied der mit allen Vollmachten für die Gesamtausperrung ausgestatteten 12er-Kommission der Unternehmer an den Verhandlungen der Syndikus der Berliner Metallindustriellen, Dr. Oppenheimer, teil.

Die Angriffsfront der Unternehmer

Verbreitet die Kampffront der Arbeiter
Nieder mit der Kommunistenhege

Halle, 8. Februar. (Eig. Drahtbericht des kommunistischen Pressedienstes.)

Unter Bruderorgan in Halle, der Klassenkampf, gelangt in den Besitz eines Rundschreibens des Verbandes Mitteldeutscher Metallindustrieller. Es hat folgenden Wortlaut:

„Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller, E. A.,
Bezugsgruppe Anhalt-Deßau, den 1. Febr. 1928.
W.“

Wie Ihnen durch die Presse bekannt sein dürfte, steht die Arbeiterchaft der mitteldeutschen Metallindustrie seit Mitte Januar 1928 in einem schweren Wirtschaftskampfe gegen die maßlosen Lohnforderungen der Gewerkschaft. Trotz dem der zuständige Schlichter nur eine Erhöhung der Spitzen-

Ausführungen gemacht haben soll, hat im Gegenteil sich vollkommen mit den Vorschlägen der Partei und der kommunistischen Presse zur Führung des mitteldeutschen Kampfes einverstanden erklärt.

Der Vorwärts berichtet auch über diese Bezirkskonferenz, daß die Vertreter des DMB aus Magdeburg und Dessau und der Vorstandsvertreter H a n k e aus Stuttgart ihre Befriedigung darüber ausgesprochen hätten, „daß die jetzige Bewegung zur Klärung der Stellungnahme des DMB zur KPD beitrage“.

Diese Ausführungen des Vorstandsvertreeters des DMB, wie die Bemühungen des Vorwärts und der gesamten SPD-Presse, die einerseits durch Drohungen die Aktivität der Opposition im mitteldeutschen Kampfe unterbinden und sie durch Schwindelmeldungen kompromittieren wollen, werden keineswegs zum Erfolge führen.

Ein Beispiel dafür war die gestrige Funktionärerversammlung der streikenden Metallarbeiter in Halle, die von 16 bis 20 Uhr tagte und dann auf einen anderen Tag verschoben werden mußte, da die Diskussion über die Kampfplakate der reformistischen Bezirksleitung des DMB nicht zu Ende geführt werden konnte. In dieser Konferenz war der reformistische DMB-Führer Köhler anwesend, und er mußte sich von den Funktionären scharfe Angriffe wegen der reformistischen Kampfplakate, die jede Vertiefung und Erweiterung der Kampffront der Metallarbeiter verhindern, andererseits aber auch wegen der maßlosen Hege gegen die Kommunisten und die Internationale Arbeiterhilfe gefallen lassen. Insbesondere kam die Erbitterung der anwesenden Funktionäre darüber zum Ausdruck, daß die DMB-Führung nach wie vor es ablehnt, den Unorganisierten eine Unterstützung

Löhne von 3 Pfennig die Stunde für angemessen hält, fordern die Gewerkschaften nach wie vor 15 Pfennig pro Stunde.

Um diese Erhöhung, die den Auftakt für eine allgemeine Lohnbewegung in sämtlichen Industrien bilden soll, geht der Kampf, der in Mitteldeutschland ausgebrochen ist.

Die mitteldeutsche Metallindustrie führt den Kampf gegen die maßlosen Forderungen der Gewerkschaften in dem Bewußtsein, daß sie hierdurch nicht nur ihre eigenen Interessen vertritt, sondern auch mit Rücksicht auf die Bedeutung und Auswirkung des Lohnkampfes auf die Preisgestaltung für ein lebenswichtiges Interesse der gesamten deutschen Industrie einsteht.

Es muß daher erwartet werden, daß die mitteldeutsche Metallindustrie alleits Unterstützung in diesem Kampfe findet. Insbesondere dürfen die im Kampf befindlichen Firmen nicht auf Lieferung gedrängt und die für die mitteldeutsche Metallindustrie in Aussicht genommenen Aufträge aus Anlaß des Lohnkampfes nicht anderweitig vergeben werden.

(Folgt Unterchrift wie oben.)

Während die Industriellen die Bedeutung des Kampfes klar erkannt haben, und eine großzügige Solidaritätsaktion für die „leidenden Unternehmer“ eingeleitet ist, sabotieren die reformistischen Gewerkschaftsbureauren jeden Versuch der Kampfbereitschaft und beschränken sich auf milde Kommunismenhege. Der Kampf gegen die Ausperrungsdrohungen gegen alle diejenigen DMB-Kollegen, die es gewagt haben, entgegen den Wünschen der DMB-Bureauren die selbstverständliche Forderung zu vertreten, daß die Gemeinden den Streikenden und Ausgesperrten Hilfe aus öffentlichen Mitteln gewähren, muß verstärkt werden. Auch die sozialdemokratischen Kollegen werden angesichts der Verschärfung der Unternehmeroffensive jetzt die seit Wochen geforderte Taktik der oppositionellen Gewerkschaftler verstehen.

Erfolge der Solidarität

Die Arbeiter erkennen ihre Freunde

Die Internationale Arbeiterhilfe teilt mit, daß trotz der infamen Hege der reformistischen Gewerkschaftsführer gegen die Hilfsaktion der IAH alle Metallarbeiter ohne Rücksicht auf ihre politische Zugehörigkeit begeistert von ihrer Arbeit sind. Bisher hat der Landesvorstand noch nicht mit einer Silbe um Eintritt in die IAH aufgefördert. Aber die Gewerkschaftsvereinigungen von Oberhardt (200 Mann) und Dampfseilfabrik Schmidt (120 Mann) beschlossen einstimmig den kooperativen Beitritt zur IAH. Die Ortsgruppe Halle verzeichnet seit 1. Januar 40 Neuaufnahmen.

Reichsbannerkameraden für die Internationale Arbeiterhilfe. Heute erhielt der Landesvorstand der IAH Halle durch Johanna B. M. von der Reichsbanner-Ortsgruppe Gabrun bei Kratau, Bezirk Wittenberg, für die ausgesperrten Metallarbeiter.

zu gewähren und den Organisierten von der 1. bis 13. Woche erst ab 6. Streikwoche Unterstützung in Höhe von 5 bis 6 Mark zu zahlen. Köhler wurde von einigen empörten Funktionären zugerufen, daß sich dann die Unorganisierten gleich den Hals abschneiden“, resp. gleich in die Betriebe zurückkehren könnten, wenn die DMB-Führung ihre Haltung nicht ändere.

Die Empörung der Hallenser Metallarbeiterchaft gegen Köhler und die reformistischen DMB-Führer wird auch deshalb immer stärker, da ihnen die Absichten Köhlers gegenüber der oppositionellen Ortsverwaltung des DMB in Halle wohl bekannt sind. Köhler plant nämlich nichts weniger, als die führenden Genossen der Hallischen Organisation unter allen Umständen aus dem DMB hinauszumerren, weil sie im gegenwärtigen Metallarbeiterstreik trotz aller Schikanen der reformistischen DMB-Bezirksleitung ihre oppositionelle Auffassung gewahrt haben.

Die schändlichen Versuche der Reformisten, den mitteldeutschen Streik durch die Vorbereitung eines faulen Kompromisses mit den Unternehmern abzumürgen und durch verstärkte Kommunismenhege einen günstigen Aufnahmehoden bei der übrigen Arbeiterchaft für dieses Kompromiß zu schaffen, müssen fehlschlagen. Die oppositionellen Metallarbeiter Mitteldeutschlands müssen in unermüdlicher Aufklärungsarbeit die Pläne der Reformisten demaskieren und ihre Absichten zuhanden machen. Die übrige Arbeiterchaft Deutschlands muß durch Annahme von Sympathieresolutionen für die streikenden mitteldeutschen Metallarbeiter vom DMB verlangen, daß er mit allen Mitteln die mitteldeutsche Kampffront verstärkt und unbedingt für die Erfüllung der Forderung von 15 Pf. Lohnerhöhung den Kampf bis zu Ende führt.